

Impulsreferat: Was ist eigentlich Konservativ?

gehalten bei der Denkfabrik der CDU Sachsen am 22. Januar 2007

Meine Damen und Herren,

wenn wir heute Abend über „Konservativ sein“ reden, darf ein kleiner Ausflug in die Geschichte und Entwicklung dieser politischen Geisteshaltung nicht fehlen.

Der Konservatismus, wie er sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt hat, ist dem heutigen kaum noch vergleichbar. Konservativ bzw. Konservatismus stammt vom lateinischen „conservare“, was soviel bedeutet wie erhalten, bewahren. Als politische Weltanschauung hebt er die Stärken der Tradition hervor, bewahrt bzw. stärkt die herrschende politische Ordnung und schützt die vorgegebene Verteilung von Macht und Reichtum.

Der Konservatismus des 19. Jahrhunderts ist aus heutiger Sicht negativ besetzt. Er war antimodern und galt als Gegenbewegung zu den Ideen der Aufklärung und den Prinzipien von Vernunft und Kritik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben CDU und CSU das konservative Element in ihr Programm aufgenommen, jedoch mit christlich-sozialen, wirtschaftlich-liberalen und technisch-fortschrittlichen Strömungen verbunden.

Der Konservative in der Union ist mit dem Konservativen des ausgehenden 19. oder beginnenden 20. Jahrhunderts kaum zu vergleichen.

Meine persönliche Deutung von Konservatismus lautet: Frage Dich immer wieder, ob das Altbekannte noch zeitgemäß ist und prüfe genau, ob Neues wirklich besser ist.

Oder plastischer formuliert: Konservativ sein bedeutet nicht das Anbeten der Asche, sondern das Bewahren der Glut.

Ein gutes Beispiel konservativer Politik zeigt sich am Beispiel des Ladenschlusses. Wir als Union sind nicht marktradikal liberal. Wir machen deutlich, dass uns der Sonntagsschutz wichtig ist, weil uns der Sonntag als Tag des Innehaltens und als Tag der Familie wichtig ist.

Wir sagen aber als Union auch deutlich, dass wir in der übrigen Zeit keinen Anlass für staatliches Handeln sehen, um Händler in ihrer Entscheidung zu beeinflussen, wann sie ihren Laden öffnen und wann nicht.

Kurz zusammengefasst: Die Überregulierung beim Ladenschluss halten wir für überkommen und rückständig.

Ordnungspolitisch sprechen wir uns für mehr Freiheit aus. Aber wir setzen auch die Grenze in Form des Sonntagsschutzes – weil hier aus unserer Sicht eine Änderung nicht angezeigt und wünschenswert ist.

Meine Damen und Herren,

ich möchte in meinem Referat auf ein paar spezielle Punkte, gerade aus der Sicht eines jungen Menschen eingehen.

Der erste Punkt lautet **Politikverdrossenheit**

Das Gute vornweg: In Deutschland wird die Idee der Demokratie von einem Großteil der Bevölkerung grundsätzlich akzeptiert und als am besten geeignete Regierungsform wahrgenommen.

Dennoch haben Wissenschaftler und verschiedene Studien, unter ihnen die Shell-Jugendstudie, wiederholt festgestellt, dass unter den Bürgern eine zunehmende Politikverdrossenheit zu verzeichnen sei. Diese ist hauptsächlich als diffuse Politikverdrossenheit bestimmbar.

Damit einher geht allerdings eine Zunahme der **Politiker**-Verdrossenheit. Dr. Gert Pickel, Kulturosoziologe an der Europa-Universität Viadrina hat dazu festgestellt, dass

den Politikern vor allem mangelnde Gemeinwohlorientierung und zu großer Eigennutz – gerade in finanzieller Hinsicht - vorgehalten wird.

Konsequenz aus dieser Bewertung ist eine generelle Abwertung des politischen Handelns. Zum gleichen Ergebnis kommt auch die Shell-Jugendstudie 2006.

Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass die Menschen durchaus politisch interessiert sind. Die große Zahl von **lokalen und regionalen Bürgerinitiativen** zeigt das immer wieder.

Den Menschen sind es meist temporäre Probleme vor Ort wert, sich zu engagieren. Die Mitgliedschaft in einer Partei und ein damit verbundenes längerfristiges Engagement scheint dagegen weniger verlockend.

Nichts anderes gilt für die Jugend. Junge Leute wollen mitreden und wollen sich Gehör verschaffen. Sie wachsen in einer Generation auf, die ihre eigene Zukunft als ungewiss, vielleicht auch bedrohlich wahrnimmt.

Eine Generation, die gleichzeitig auch damit konfrontiert wird, in Zukunft wesentlich mehr Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Demografie, Überalterung und Reform der Sozialsysteme sind da die Stichworte.

Aber, meine Damen und Herren, **die Stichworte Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit drohen zu bloßen Floskeln zu werden**. Auch oder gerade die Große Koalition in Berlin scheut sich davor, die Reformen wirklich im Sinne der folgenden Generationen anzupacken. Notwendige Schnitte werden gemieden, weil sie Schmerzen und damit Aufschreien verursachen.

Die **Gesundheitsreform** und deren derzeitiger Stand zeigen dies exemplarisch. Von einer nachhaltigen Zukunftssicherung ist da nicht viel zu bemerken.

Bei der anstehenden Reform der **Pflegeversicherung** drohen ähnliche Zustände. Ich stimme daher ausdrücklich der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu,

die in der Mehrzahl ihrer Mitglieder der Gesundheitsreform in dieser Form nicht zustimmen will.

Meine Damen und Herren,

ich bin der festen Überzeugung, dass die Union mit einem klaren Profil zu Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit neue oder verloren geglaubte Wählerschichten an sich binden kann. Das sind Urthemen der christlich-sozialen Volkspartei. Wenn ich „**Nachhaltigkeit**“ mit „**Bewahrung der Schöpfung**“ übersetze, dann wissen Sie, was ich meine.

Gerade junge Menschen müssen wir wieder stärker für unsere Politik begeistern – vielleicht auch, in dem wir dem klassisch negativen Image des Konservativen unsere moderne Sichtweise entgegensetzen.

Dies sollte umso mehr Ziel sein, als dass Jugendliche in den Parteien deutlich unterrepräsentiert sind.

Von den 21,3 Millionen Menschen zwischen 14 und 35 Jahren sind nur ca. 217.000 in einer der Jugendorganisationen der Parteien gebunden - also nur rund 1%. Davon 129.000 in der JU, während hingegen 40% der 12- bis 25-Jährigen in Vereinen tätig sind, 15% in der Kirchengemeinde.

Die Vernetzung mit dem vorpolitischen Raum muss also verstärkt werden.

Franz Müntefering, der in einer dpa-Meldung vom 17. Januar 2007 die CSU als die „am wenigsten zeitgemäße Partei“ bezeichnete, begegne ich mit den Forschungsergebnissen des Berliner Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Oskar Niedermayer: „Seit der Jahrtausendwende ist in Bayern ein etwa doppelt so hoher Anteil von Jugendlichen in der CSU organisiert wie in der SPD in Gesamtdeutschland. Insgesamt besitzt die Union somit seit Ende der 1990er Jahre in Bezug auf die Jugend eine höhere Rekrutierungsfähigkeit als die SPD.“

Ob die derzeitigen Vorgänge in Bayern diesem Trend förderlich sind, wage ich zwar zu bezweifeln, aber wie heißt es so schön: In jedem neuen Anfang steckt auch eine Chance.

Meine Damen und Herren,

Das Thema Politikverdrossenheit ist das eine, beim Oberbegriff **Werte** sieht es schon anders aus.

Werte wie Freundschaft, Partnerschaft, Familienleben, Eigenverantwortung, Gesetz und Ordnung sind für Jugendliche von hoher Bedeutung, geben sie doch in einer unübersichtlicher gewordenen Welt Halt und Orientierung. Mit Tradition und Konformität können Jugendliche allerdings wenig anfangen. So sagt es die Shell-Jugendstudie.

In diesen Aussagen steckt für die Union Potential, denn die Jugend bekennt sich immer mehr zu Tugenden und Werten, auch zu solchen, für die die Union steht. Dabei befindet sich die CDU allerdings in einem Wahrnehmungs- und Vermittlungsdilemma, denn ihr haftet das ausschließlich konservative Credo an.

Also ist es an uns, dem die moderne Volkspartei der konservativen – oder der bürgerlichen – Mitte entgegen zu setzen.

Vermutlich wären viele junge Leute mindestens verwundert, wenn sie wüssten, dass die von ihnen gutgeheißenen Werte auch für die Union stehen. Überraschen wir sie doch einfach mit dieser Erkenntnis und überraschen wir uns mit den Folgen dessen.

Meine Damen und Herren,

ich habe die Thematik der Werte angesprochen. Ein meist diffuser und äußerst subjektiver Begriff. Ich will darunter auch die Begriffe **Patriotismus** und **Leitkultur** packen, weil sie aus meiner Sicht am ehesten hierzu passen.

Es gibt bestimmte Werte und Grundregeln, ohne die eine Gesellschaft nicht funktionieren kann. Dies gilt gerade für eine Demokratie, die auf einer Gemeinsamkeit der Demokraten fußen muss.

Der Begriff „Leitkultur“ beschreibt die Selbstverständlichkeit, dass diese mehrheitliche, durch das Grundgesetz sowie durch Recht und Gesetz festgelegte Werteordnung die Orientierungsmarke ist.

Sich an dieser zu orientieren gilt eben nicht nur für Deutsche, sondern auch für die nach Deutschland Zugewanderten.

Wenn wir über Leitkultur reden, dann reden wir natürlich über Werte und Grundnormen unseres Zusammenlebens. Im Begriff Leitkultur ist aber auch unsere Geschichte verankert – gerade und vor allem die Bewältigung des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte.

Friederich Merz hat bereits im Jahr 2000 eine Debatte angestoßen und musste sich dafür üble Beschimpfungen des politischen Gegners gefallen lassen.

Das große Geschrei ist verstummt, mittlerweile kann man das Thema vergleichsweise sachlich diskutieren. Dass das politisch linke Lager diese Diskussion am liebsten verbieten würde, ist nur auf den ersten Blick klar. Denn was hat Friedrich Merz als Beispiele für unsere Leitkultur angebracht?

- Bekenntnis zum Grundgesetz, zu Menschen- und Bürgerrechten,
- staatsbürgerliche und historische Grundkenntnisse,
- Bekenntnis zu Werten,
- Beherrschung der deutschen Sprache,
- unbedingte Achtung vor der Würde des Menschen und vor den unveräußerlichen persönlichen Rechten, aber auch das Bekenntnis zu Bürgerpflichten in und für die Gesellschaft

Wo sehen die Linken hierbei Probleme? Ich kann keine erkennen – außer, ich stelle mich außerhalb des Wertekanons unseres Grundgesetzes.

Bei Betrachtung dieser Punkte wird deutlich, dass die deutsche Leitkultur zugleich immer auch eine europäische Leitkultur ist, denn ohne europäischen Einfluss hätte sich die deutsche Kultur ebenso wenig entwickeln können wie die europäische ohne die deutsche Kultur.

Aber anhand der Debatte über Leitkultur merkt man symptomatisch, welches schwierige Verhältnis gerade die Eliten in Deutschland zu ihrem Land haben.

Als der damalige CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer von Leitkultur sprach, musste er sich vom ehemaligen K-Gruppen-Mitglied und damaligen Bundesminister Jürgen Trittin als äußerlicher und inhaltlicher Skinhead beschimpfen lassen.

Der gleiche Jürgen Trittin, der beim Lied der Deutschen weder die Zähne auseinander, noch die Hände aus den Hosentaschen bekommt.

Und was war da plötzlich im Sommer letzten Jahres los?

Menschen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und ebenso bemalten Gesichtern. Menschen, die bis spät in die Nacht wieder und wieder die Nationalhymne singen und sich für ihr Land freuen. Menschen die ohne Krampf sagen, dass sie stolz auf ihr Land sind und sich dafür nicht verstecken.

Nanu, das passt doch so gar nicht zu unserem sonst so krampfigen Verhältnis zum eigenen Land.

Die Schriftstellerin Juli Zeh hat das treffend formuliert: „Die deutsche Neigung zu übersteigter Selbstkritik war niemals Ausdruck einer angeborenen Bescheidenheit. Vielmehr ist unser traditioneller, seit dem Zweiten Weltkrieg zur Staatsphilosophie erhobener Hass auf die eigene Herkunft den Mechanismen eines handelsüblichen Nationalismus nicht unähnlich. Auf den ersten Blick mag das paradox wirken. Beim genaueren Hinsehen lässt sich jedoch leicht erkennen, dass die kollektive Selbstanklage ebenso eine Form der nationalen Egozentrik darstellt wie die gemeinsame Selbstverherrlichung - und deshalb unschwer in diese umschlagen kann.“

Eine treffendere Analyse für den vermeintlichen deutschen Komplex kann man fast nicht finden. Offenbar waren wir Deutschen auch im Selbsthass einzigartig. Der PDS fiel angesichts der WM-Bilder vor Schreck nichts Besseres ein, als ihre Jung-Revolutionäre loszuschicken, um Deutschland-Fahnen einzusammeln. Der Erfolg war mehr als bescheiden und das Medienecho vernichtend. Gut so.

Gut, dass diesem verqueren Bild die Bilder der Millionen friedlich feiernden Menschen rund um die Fußball-WM entgegen gestellt werden können. Wir Deutsche haben gefeiert, den Sommer, den Fußball und auch uns selbst. Wir haben das gemeinsam mit unseren Gästen aus vielen Ländern getan. Ich bin sicher, dass es bei unseren Freunden im Ausland sehr positiv aufgenommen wurde, dass wir Deutschen es nun auch mal geschafft haben, uns über unser Land zu freuen.

Meine Damen und Herren,

ja, ich weiß, dass nicht alles Friede-Freude-Eierkuchen ist. Aber die letzten Jahre haben die Möglichkeit eröffnet, Themen zu diskutieren, deren Behandlung noch wenig vorher undenkbar schien. Ich denke hier an die Patriotismus-Debatte, die wir gerade in Sachsen angestoßen und aktiv betrieben haben. Der Patriot liebt sein Land, der Nationalist verachtet die Vaterländer anderer – diesen entscheidenden Unterschied haben wir dabei heraus gearbeitet. Und die Menschen haben auf den Straßen zur WM gezeigt, dass sie ganz in diesem Sinne Patrioten sind.

Dazu zählt auch die Wiederbelebung der Diskussion um die Leitkultur.

Wir sind in der Pflicht, für grundlegende Werte und Normen, die sich aus dem europäischen und deutschen Verständnis entwickelt haben einzutreten. Dazu gehört auch deren Festschreibung im neuen Grundsatzprogramm der CDU. Wir dürfen nicht den Fehler begehen, in politische Beliebigkeit abzudriften. Und das womöglich nur aus der Angst heraus, mit einem charakteristischen Profil Wähler zu verlieren.

Meine Damen und Herren,

ich hoffe und wünsche, dass die Union im Rahmen ihrer Grundsatzdebatte die Chance nutzt, klare und deutliche Positionierungen vorzunehmen. Dazu gehört auch eine deutliche konservative und wertkonservative Komponente. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind dafür gar nicht mal so schlecht, wenn sogar der „Spiegel“ ein „Abflauen des Individualisierungszyklus“ feststellt.

Konservatismus kann in der Phase einer deregulierten und konsequent vereinzelter Gesellschaft nicht wirkungsvoll durchdringen. Er kann es aber dann, wenn sich die Menschen nach Ruhe und Halt, wenn sie sich nach Werten und Institutionen sehnen. Aus meiner Sicht sprechen viele Anzeichen dafür, dass eine solche Phase im Moment an der Tagesordnung ist. Die Union sollte dem mit klaren Aussagen und einer beständigen Politik entsprechen.

Schlussfolgerung

Um zur Ausgangsfrage zurückzukommen: Was ist eigentlich konservativ?

Konservativ sein ist vielfältig, aber nicht beliebig.

Konservativ sein ist wertebezogen, aber nicht rückständig.

Konservativ sein ist modern, aber nicht fortschrittsgläubig.

Das programmatische Bewusstsein der CDU darf kein beliebiges sein. Wir müssen unsere Grundsätze klar definieren, dazu gehört das Bekenntnis zur Leitkultur ebenso wie zum Patriotismus. Hören wir also auf, uns als Konservative selbst zu bemitleiden!

Vielen Dank!

*Zu diesem Profil gehört unser Bekenntnis zum christlichen Menschenbild. **Christ sein** ist für mich und viele meiner Freunde und Bekannten nichts Anachronistisches/Überholtes. Christ sein bedeutet vielmehr, Halt und Orientierung zu finden in einer Welt, die immer schwieriger und komplexer wird. Diese Meinung teilen laut Shell-Studie 75% der Jugendlichen. Kirche und Glaube sind für sie etwas Standhaftes, das ihnen nicht genommen werden kann. Zudem trägt konfessionelle Gebundenheit zu*

häufigerem freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagement bei. Konservative Werte wie Familie, Tradition, Gesetzestreue und Hilfsbereitschaft werden von gläubigen Menschen deutlich nach außen vertreten. Diese Stammwählerschaft der CDU wird jedoch immer geringer. Es muss also der Spagat gelingen sowohl diese Wähler zu halten als auch neue, nicht-gläubige Wähler zu gewinnen. Dazu allerdings das eigene Profil aufzuweichen, kann nicht der Schlüssel zum Erfolg sein. Denn die alten Wähler finden ihre Positionen nicht wieder und die potentiellen neuen Wähler sehen im Vergleich mit den anderen Parteien nur Beliebigkeit. Eine klare Positionierung mit Auffassungen, an denen man sich reiben, die man kontrovers diskutieren kann, fördert die politische Kultur Deutschlands.

*Aber auch das weitgehende Fehlen von Religiosität führt nicht zu einem anderen Werteprofil. Bei glaubensfernen Jugendlichen ist das gesamte Wertesystem nur wesentlich enger an den Wert „**gute Freunde haben**“ geknüpft als bei kirchennah gläubigen (Shell, S.231).*

Und noch ein paar letzte Zahlen: Während sich mit 29% fast doppelt so viele als eher links einstufen denn als eher rechts, sprechen 20% der CDU die Kompetenz zu, die anstehenden Probleme zu lösen. Allerdings sind 40% der Meinung, dies könne keine der Parteien (Shell, S.118).